

are adopted in accordance with international law and can make the world a better place. Professor Larissa van den Herik (Leiden University) emphasised that the future of sanctions is not inevitable and that the precedents established in current sanctioning practices will shape the future of sanctions. In this respect, she emphasised the pivotal role of scholars and academia in the adop-

tion and analysis of sanctions. Finally, Professor Jean d'Aspremont (Sciences Po) emphasised the importance of retrospective analysis in predicting future trends. Furthermore, he noted the apparent passivity in the face of significant violations of international law and the absence of sanctions, suggesting that we are witnessing the death of multilateral sanctions.

Investitionsrecht

MLaw Renato Bucher, LL. M., Dr. Philipp Estermann, LL. M. und MLaw Dominic Schopf*

Das neue Schweizer Investitionsprüfgesetz – eine Auslegeordnung

Das voraussichtlich im Jahr 2027 in Kraft tretende neue Schweizer Investitionsprüfgesetz (IPG) schafft erstmals ein sektorübergreifendes Kontrollregime für bestimmte Übernahmen inländischer Unternehmen durch ausländische staatliche Investoren. Der Beitrag ordnet den Anwendungsbereich der neuen Investitionsprüfung ein, analysiert die Genehmigungskriterien, erläutert das zweistufige Genehmigungsverfahren und zeigt die praktischen Auswirkungen auf M&A-Transaktionen auf. Ein besonderes Augenmerk gilt der Grundentscheidung des Gesetzgebers, die Investitionsprüfung auf sicherheitspolitisch sensible Übernahmen durch staatliche Investoren zu beschränken, um ein zielgerichtetes und administrativ schlankes Kontrollregime zu schaffen

I. Einführung

[1] Im Dezember 2025 hat das schweizerische Parlament nach rund zweijährigen Beratungen das Bundesgesetz über die Prüfung ausländischer Investitionen – kurz Investitionsprüfgesetz oder IPG¹ – angenommen.

[2] Auslöser war eine parlamentarische Motion aus dem Jahre 2018, die von der schweizerischen Regierung (dem Bundesrat) verlangte, die gesetzlichen Grundlagen für eine Investitionskontrolle ausländischer Direktinvestitionen in Schweizer Unternehmen zu schaffen.² Der Motionär führte in seiner Begründung unter anderem die 2016 angekündigte und 2017 vollzogene öffentliche Übernahme des Agrarunternehmens *Syngenta* durch die chinesische *China National Chemical Corporation* (ChemChina) zu einem Wert von 43 Milliarden Dollar an.³

[3] Der Bundesrat sprach sich gegen die Motion aus und begründete dies – neben der traditionellen Offenheit des Wirtschaftsstandortes Schweiz – unter anderem

damit, dass Unternehmen, die in kritischen Bereichen der öffentlichen Leistungserbringung tätig sind, bereits gegen unerwünschte Übernahmen geschützt sind, indem sie im Eigentum der öffentlichen Hand sind.⁴ Nachdem die Motion durch beide Parlamentskammern angenommen wurde, musste der Bundesrat gegen seinen Willen einen Gesetzesentwurf ausarbeiten, verzichtete aber –

* Die Verfasser sind Anwälte der Schweizer Wirtschaftskanzlei MLL Legal AG, Zürich; MLaw Renato Bucher, LL. M. ist Partner und Leiter des Wettbewerbsrechtsteams. Dr. Philipp Estermann, LL. M. ist Senior Associate, MLaw Dominic Schopf ist Associate.

1 Bundesgesetz über die Prüfung ausländischer Investitionen (Investitionsprüfgesetz, IPG) vom 19.12.2025, publiziert im Bundesblatt (BBl) 2026 31 (abrufbar unter <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2026/31/de>, zuletzt besucht am 31.3.2026).

2 Ständerat Beat Rieder, Motion 18.3021 vom 26.2.2018, "Schutz der Schweizer Wirtschaft durch Investitionskontrollen" (abrufbar unter <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AfairId=20183021>, zuletzt besucht am 31.3.2026).

3 Vgl. etwa Frankfurter Allgemeine Zeitung, "China bietet 43 Milliarden Dollar für Syngenta", 3.3.2016 (abrufbar unter <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/chemiekonzern-chemchina-will-schweizer-syngenta-uebernehmen-14049299.html>, zuletzt besucht am 31.3.2026).

4 Stellungnahme vom 16.5.2018 zur Motion 18.3021 von Ständerat Beat Rieder (Fn. 3).